



Niederschrift

22. Plenarsitzung des Gemeinderates

23. März 2021, 15:30 Uhr

öffentlich

Gartenhalle, Kongresszentrum

Der Vorsitzende: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20

Punkt 25.1 der Tagesordnung: Vielfalt in Karlsruhe

Agenda „Vielfalt@KA“: Gemeinsamkeiten stärken, Schranken abbauen!

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/1064

Punkt 25.2 der Tagesordnung: Mehr Sichtbarkeit für Themen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern bzw. Intersexuellen oder queeren Gruppen (LSBTTIQ)

Antrag: SPD

Vorlage: 2019/1212

Punkt 25.3 der Tagesordnung: Agenda Vielfalt @KA: „Gemeinsamkeiten stärken, Schranken abbauen!“ und „Mehr Sichtbarkeit für Themen von LSBTTIQ“

Interfraktioneller Änderungsantrag: GRÜNE, SPD

Vorlage: 2021/0367

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende setzt um 19:22 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 25 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss und im Hauptausschuss:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir sind fast unter uns, und wir beginnen mit der Abarbeitung der Anträge. Ich möchte schon mal ankündigen, dass der TOP 33, zügigere Realisierung von Schulsanierungen, ein SPD-Antrag in Abstimmung mit den Antragsstellern direkt zur Vorberatung in den Schulbeirat verwiesen ist und jetzt heute nicht mehr zur Diskussion steht.

Ich rufe auf, 25, mit 25.1 und 25.2, Vielfalt in Karlsruhe, zudem den interfraktionellen Änderungsantrag der SPD und der GRÜNEN, der, wenn ich das richtig verstanden habe, alle beiden anderen Anträge ersetzt.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Mannheim, Stuttgart, Heidelberg und Freiburg haben eins gemein, Sie machen mehr für queere Menschen und machen es sichtbarer als wir, hier in Karlsruhe. Diese Städte haben erkannt, dass queere Menschen im Alltag auch heute noch von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt betroffen sind und tun konkret etwas, um die Situation zu verbessern. So ist gerade deren Sichtbarkeit wichtig, um die Akzeptanz zu stärken. Ablehnung und Gewalt gegen das Fremde fallen leichter als gegen das Bekannte.

Mehr Sichtbarkeit fordert auch die queere Vernetzung Karlsruhe heute, auch hier am Eingang der Gartenhalle. Sichtbarkeit bedeutet auch die Schaffung von Raum für die Vernetzung von queeren Menschen, Thematisierung der Ängste, Sorgen und Bedürfnisse von LSBTTQ, aber auch das Suchen der Gemeinsamkeiten mit anderen Gruppen. Das heißt, Antirassismus, Antidiskriminierung und der Kampf gegen Queerfeindlichkeit gemeinsam anzupacken und zu vernetzen. Nur so kann langfristig, umfassend und zielgerichtet gehandelt werden. Queere Gruppen gehören so auch an den runden Tisch zu Antirassismus und Antidiskriminierung. Der queeren Vernetzung sollte die Hand gereicht werden, und sie sollte auch angehört und miteingebunden werden. Über Gruppen und Menschen zu sprechen, reicht nämlich nicht aus, wir müssen mit ihnen sprechen. Die Haushaltslage ist schwierig, aber ist eine Gesellschaft nicht dann erst eine starke Gesellschaft, wenn sie in schwierigen Zeiten die Schwachen, Minderheiten und die anderen nicht vergisst? Haben wir durch Corona nicht gelernt, dass wir ein neues Miteinander brauchen? Dennoch dürfen wir den Haushalt nicht aus den Augen verlieren. Daher setzen wir jetzt auf Sofortmaßnahmen, die, ohne den Haushalt zu belasten, gleich greifen, die Umgestaltung der Homepage für mehr Sichtbarkeit von queeren Angeboten, die bessere Vernetzung von Beratungs- und Präventionsangeboten für LSBTTQ. Auch die Antidiskriminierungsstelle kann schauen, wie sie junge Menschen gerade auch zur Inanspruchnahme von Einzelberatung besser erreicht. Das Thema Vielfalt braucht in der Stadtverwaltung, wie mit dem runden Tisch, langfristig einen festen Platz. Die queere Vernetzung wird in unserer Stadt gehört. Dies fordern wir auch in unserem Ergänzungsantrag gemeinsam mit der SPD. Im Rahmen der Haushaltsberatung können wir dann schauen, wie sich die Situation durch diese Maßnahmen verändert hat und welche Bedarfe es noch gibt. Heute geht es um die inhaltliche Ausrichtung. Das weitere Verfahren wird in Haushaltsberatungen entschieden und dort werden wir nicht vergessen, das Thema wieder einzubringen.

Wir schließen uns der Antwort der Stadtverwaltung auf unseren Ergänzungsantrag an, danken ihr hierfür und erwarten regelmäßig ab dem nächsten Sozialausschuss einen Bericht zur Umsetzung der Sofortmaßnahmen, auch gerade über die Einbindung der queeren Vernetzung, vielen Dank.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich bin den GRÜNEN und der SPD dankbar für diesen Ergänzungsantrag. Dadurch wurden die zwei anderen Anträge ja auch ersetzt und ich denke, so, wie wir es auch schon vorbesprochen hatten im Hauptausschuss, wird genau diesem wichtigen Thema entsprechend hier Rechnung getragen. Ich denke, die Antwort der Verwaltung zeigt ja auch, dass dort bereits Sofortmaßnahmen umgesetzt werden. Ich denke, dass die Stadt Karlsruhe schon auf einem sehr guten Weg ist. Sicher muss das eine oder andere noch gemacht werden. Deswegen ist es wichtig, dass man genau mit solchen Anträgen darauf aufmerksam macht, und

ich denke, dass wir insbesondere auch in den Haushaltsberatungen dann noch mal auf das ganze Anliegen zurückkommen werden. Von daher stimmen wir sowohl dem Antrag als auch der Antwort der Verwaltung hier zu.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch der SPD-Fraktion ist es wichtig, LSBTTIQ-Themen in Karlsruhe noch stärker als bisher anzugehen. Zur Begründung hat mein Kollege Riebel ja schon ganz viel gesagt. Mit unserem queeren Jugendzentrum La ViE, da können wir als Stadt richtig stolz sein auf unsere Vorreiterrolle im Land und auch die in der Stellungnahme auf unseren Änderungsantrag genannte Verstärkung von Bildungsangeboten durch den Stadtjugendausschuss begrüßen wir ausdrücklich. Die bisherigen Erfahrungen in Karlsruhe zeigen, der Bedarf ist durchaus vorhanden. Von daher sehen wir auch eine Berechtigung für die Anträge.

Auch wir schätzen die Antwort auf unseren Änderungsantrag sehr positiv ein, dass wir eben unabhängig von den im Haushalt zu diskutierenden Stellenanteilen das angehen, was möglich ist, was auch einfach umsetzbar ist. Das begrüßen wir, und da helfen ja auch sehr gerne viele Aktive aus der Stadtgesellschaft mit, die sehr engagiert und tatkräftig sind in diesem Bereich. Zusätzlich erwarten wir uns eben auch viel von der Diskussion im Personalausschuss zur Charta der Vielfalt, eben als eine Art Selbstverpflichtung der Verwaltung zur Förderung von Chancengleichheit. Speziell als Fraktion noch auf unseren ursprünglichen Antrag bezogen, sind wir auch daran interessiert, bei der nächsten Information über den Sachstand im jeweiligen Fachausschuss zu erfahren, inwieweit dieses erweiterte städtische Fortbildungsprogramm denn auch genutzt wurde. Da freuen wir uns auf Informationen jetzt im laufenden Prozess der Weiterentwicklung und weiteren Zusammenarbeit an diesem Thema, und deswegen bedanken wir uns schon mal ganz herzlich bei allen Beteiligten.

Stadträtin Böringer (FDP): Ganz selten, aber in dem Fall gerne zitiere ich Karl-Marx „das Sein bestimmt das Bewusstsein“, und für diejenigen, die sich also außerhalb der aufgerufenen Community bewegen, könnte der Antrag dann gegebenenfalls unbedeutend oder gar egal sein. Allerdings sind wir ja gewählt worden für den großen Zusammenhang. Ich möchte daher deutlich sagen, dass wir auch zu unserem Wahlspruch stehen, Vielfalt statt Einfachheit. Wir sind gerade in der FDP für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe.

Wir begrüßen, dass die Antragssteller mit Blick auf die schwierige Haushaltslage den Antrag noch mal angepasst haben. Wir gehen diese einzelnen Punkte mit, bedanken uns auch für die Stellungnahme der Verwaltung, die noch mal ausführt, was bislang angedacht ist, und bitten aber noch mal, auch auf die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten einzugehen bzw. die im Blick zu behalten, denn die spielt ja noch bei dieser Zielsetzung eine besondere Rolle. Ich möchte nur noch sagen, bei Ziffer 3 hat uns die Stadtverwaltung noch eine Aufklärung gebracht, und hier ist es für uns ganz wichtig, dass das gemeinderätliche Haushaltsverfahren beibehalten wird. Daher können wir heute also insgesamt zustimmen und werden aber mal sehen, welche Kosten bis zu den Haushaltsberatungen offen bleiben und ob solche in diesem Jahr noch getragen werden können, denn wir können einfach die finanzielle Lage nicht schönreden. Ganz zum Abschluss möchte ich das, was schon erwähnt wurde, nämlich die Charta der Vielfalt zitieren, den letzten Satz. „Wir sind überzeugt,“, heißt es dort, „gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft“, und jetzt bedanke ich mich.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir hatten das Thema bereits vor über einem Jahr im Gemeinderat. Die Mitglieder der AfD-Fraktion hatten damals nicht den Eindruck, als bestünde hier ein wie auch

immer gearteter Handlungsbedarf. Weil wir uns aber als Fraktion nicht sicher waren, ob das wirklich so ist, haben wir seinerzeit unter unseren Parteimitgliedern unterstützend Menschen befragt, die dieses aufgrund ihrer Lebenssituation besser als wir beurteilen können. Meine Damen und Herren, niemand von denen sah damals für irgendeine der im Antrag genannten Maßnahmen eine Notwendigkeit. Ich verzichte jetzt darauf, aus einer der erhaltenen Antworten zu zitieren, denn das hatte ich erst kürzlich im Sozialausschuss getan. Mit denjenigen, die uns damals antworteten, habe ich Anfang März, als die Anträge im Sozialausschuss behandelt wurden, Rücksprache gehalten. Das Ergebnis war unverändert. Generell und nicht nur angesichts der aktuellen Haushaltslage sollten wir uns überlegen, ob es richtig ist, für die Belange jeder Minderheit eine eigene Stelle zu schaffen und durch die Stadt zu finanzieren. Im Übrigen sind wir etwas irritiert darüber, dass in der Stellungnahme der Stadt als explizit genanntem Ziel für die Öffentlichkeitsarbeit einer solchen Stelle auch Kindertagesstätten aufgeführt sind. Wir lehnen daher die Anträge ab.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE): Ich bin ehrlich gesagt immer noch ein wenig empört darüber, dass das erste Zitat von Karl-Marx in dieser Legislaturperiode von der FDP kommt.

(Heiterkeit)

Das ist schon ein Akt der Blasphemie tatsächlich. Das ärgert mich persönlich auch, aber jetzt zum eigentlichen Anliegen. Wir finden die Ergänzungsanträge von der SPD und GRÜNE gut, das haben wir auch damals schon gesagt, die sind richtig und wichtig. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Es geht jetzt nicht darum, etwas völlig Neues zu machen. Wir haben viele gute Strukturen schon in der Stadt. Es geht jetzt eher darum, sage ich mal, das noch ein bisschen zu veredeln und die Stadt auch als koordinierende Funktion dort reinzubringen, und das unterstützen wir alles. Wir sehen den Bedarf eines vielleicht LSBTTIQ-Beauftragten in irgendeiner Form, die wir noch diskutieren müssen bei der Stadt. Dann können wir sicherlich drüber sprechen, ob man das mit anderen Städten in Kombination sehen kann, ob überhaupt eine neue Stelle notwendig ist oder einfach ein gewisses Arbeitsprofil erweitert werden kann, aber prinzipiell deshalb heute erst mal Zustimmung zu dem Ergänzungsantrag. Wir freuen uns auf die weiteren Diskussionen, sehen das natürlich als gut an, dass die Verwaltung, was ich jetzt nicht anders erwartet hätte, bereits initiativ geworden ist.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): In der Karlsruher Liste und in der Partei DIE PARTEI wurde nachgefragt, ob es Bedarfe gibt. Wir haben Menschen gefragt, die sehr nah an dieser Szene dran sind, und wir haben die Rückmeldung bekommen, dass es sehr wohl notwendig ist, dass man in diese Richtung geht, dass man Beauftragte einrichtet. Ob das jetzt ein eigener ist oder der in den jetzigen Strukturen angesiedelt ist, das ist uns letztendlich beides recht, das was Sinn macht, wir haben aber die Rückmeldung absoluter Notwendigkeit.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich glaube, wir reden jetzt zum vierten Mal schon über diese Thematik. Das ist gewiss eine wichtige und der Respekt für die Menschen ist auch wichtig, den auszudrücken. Trotzdem möchte ich ein paar Fragen dazu stellen. Die erste Frage ist die, ist tatsächlich die ganze Community so wenig sichtbar? Wenn ich die aktuelle Situation, Diskussionen in Internetforen und überall lese, wenn ich die Diskussionen der SPD höre, wenn ich die sprachliche Veränderung mitkriege, wie die Sprache sich in den letzten Jahren hier verändert hat, aufgrund dieser Fragestellung, kann ich nicht sagen, das wäre nicht sichtbar. Also, da kenne ich

viele Minderheiten oder viele Menschen, die deutlich weniger sichtbar werden, die es genauso nötig hätten.

Ich stelle mir die Fragen, ob da tatsächlich die Sichtbarkeit so wenig gegeben ist. Auf der anderen Seite muss ich persönlich gestehen, habe ich Probleme, wenn am Christopher Street Day Menschen manchmal sehr schrill auftreten. Zumindest als meine Kinder noch klein waren, hätte ich denen das Bild lieber verschont, weil manchmal eine Freizügigkeit reinkommt, die mir nicht gefallen hat. Nichtsdestotrotz, die Menschen, die brauchen sicher den Beistand und die Stadt tut auch eine ganze Menge, das steht auch in der Vorlage drin, die ist zu honorieren. Die Stadt macht eine Menge, und das sollte man auch würdigen und es soll auch ausgebaut werden, ganz bestimmt, aber gleichzeitig dieser Beitritt zu diesem Verbund, ist das nötig, dass man überall ständig neuen Vereinigungen, neuen Städtebünden beitrifft? Wir können es gerne alles leben, aber wir können es nicht finanzieren, wir können es personell nicht stemmen. Aus dem Grund, nicht aus dem Respekt, sondern aus dem Grund, weil wir glauben, es ist sichtbar geworden, die Problematik, sagen wir, wir halten das für den Zeitpunkt heute zumindest nicht für nötig.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Herr Kalmbach, die Charta der Vielfalt, das ist nicht einfach nur ein Verbund, sondern da geht es darum, dass man sich auf Standards einigt, die man als Arbeitgeber*in dann auch umsetzt. Das ist etwas für die Arbeitnehmer*innen, die bei der Stadtverwaltung auch beschäftigt sind, dass man da auch vielfältige Angebote macht und sich auch öffnet für verschiedene Bevölkerungs- und Gesellschaftsbereiche und dass die sich da auch willkommen fühlen. Das ist, glaube ich, auch wichtig, dass das passiert, weil die Stadtverwaltung ist für die gesamte Stadtgesellschaft da und es ist ganz, ganz wichtig, dass dann eben die Stadtverwaltung auch so vielfältig ist wie die Stadtgesellschaft. Damit kann man Ziele heraus ableiten, was man dann umsetzt. Deswegen haben wir das extra noch mal in den Personalausschuss verwiesen, um das Ganze noch mal genauer zu hinterfragen und genauer zu prüfen, wie und was man da umsetzen kann.

Das ist nicht einfach nur ein blindes Unterzeichnen, dagegen sind wir auch und ganz, ganz wichtig halte ich eben die Sichtbarkeit, denn wenn Sie schauen, die Selbstmordrate bei LSBTTIQ-Menschen ist deutlich höher. Die Menschen sterben früher, sie haben eine geringere Lebenserwartung, und sie haben auch öfters chronische Erkrankungen. Diese Menschen befinden sich permanent in einem Outing-Prozess. Kann ich dem Gegenüber sagen, dass ich als Mann zum Beispiel mit einem Partner zusammen bin? Kann ich jemandem sagen, dass ich am Wochenende mit meinem Freund wandern war? Kann ich mit meinem Freund Händchen haltend durch die Stadt gehen? Das sind Fragen, die sich diese Menschen stellen, und das belastet, und dagegen hilft die Sichtbarkeit, wenn diese Menschen spüren, sie sind nicht alleine und wenn sie in Gruppen vernetzt sind und auf andere zugehen können und mit ihnen sprechen können.

Herr Schnell, Sie bleiben immer bei den gleichen Worten, und es ist immer die gleiche Leier. Im Sozialausschuss haben Sie ja auch so getan, als ginge es um die Zurschaustellung der Sexualität von uns, von den Leuten, die das unterzeichnet haben, und ich würde mal behaupten, dass sich die meisten, die diese Anträge unterzeichnet haben, gar nicht selber als homosexuell oder trans oder was auch immer bezeichnen würden, sondern dass sie sich als ganz normale heterosexuelle Cis-Menschen bezeichnen würden, und damit kann ich da nur widersprechen, und da sind Sie völlig auf dem falschen Dampfer.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt sehr viel Zustimmung gehört zu dem interfraktionellen Änderungsantrag und eigentlich auch eine Akzeptanz der Antwort der Verwaltung. Insofern halte ich es nicht unbedingt für nötig, dass wir noch mal darüber abstimmen. Wir können es aber auch tun, aber wenn wir das damit so geklärt haben erst mal, dann freue ich mich, dass wir das jetzt zu unserem guten Abschluss gebracht haben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. April 2021